



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Jugendarbeitslosigkeit: Bildungsreformen statt Beschäftigungsprogramme

Im Herbst 2012 verständigten sich die Staats- und Regierungschef der EU auf eine sogenannte Jugendgarantie: Spätestens nach vier Monaten soll arbeitslosen Jugendlichen und Schulabgängern ein „hochwertiges“ Angebot auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz oder ein Praktikum unterbreitet werden. Was ist inzwischen geschehen? In der Realität praktisch nichts; das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist aber inzwischen weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Vielleicht ging es ja darum.

Nach wie vor verharrt die Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. In manchen Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Spanien ist die Quote zwar etwas gesunken. Als Entspannung der Lage ist das aber nicht zu deuten, denn zugleich haben immer mehr junge Leute dem Arbeitsmarkt den Rücken zugekehrt, bleiben wegen schlechter Beschäftigungschancen länger im Bildungssystem oder haben resigniert. In einigen anderen Ländern hat die Jugendarbeitslosigkeit weiter angezogen, insbesondere in Italien sowie etwa in den Niederlanden oder in Finnland. Finnland gilt übrigens der EU-Kommission als Musterbeispiel einer erfolgreichen Umsetzung einer Jugendgarantie; die Jugendarbeitslosenquote beträgt dort allerdings inzwischen mehr als 20 Prozent.

Nach Vorstellungen der EU-Kommission sind für die Umsetzung der Jugendgarantie 21 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Der Mitteleinsatz würde sich lohnen, denn die Jugendarbeitslosigkeit verursache jährliche Kosten in Höhe von 153 Milliarden Euro in Form von Sozialtransfers sowie entgangenen Einkommen und Steuern. Gäbe es keine Jugendarbeitslosigkeit, wäre das Bruttoinlandsprodukt um 1,21 Prozent jährlich höher.

Leider ist es nicht damit getan, Geld für Maßnahmen in die Hand zu nehmen – und schon ist die Arbeitslosigkeit hinfort. Die Wirtschaft funktioniert anders. Die Erfah-

rungen von Jahrzehnten in Deutschland und anderswo zeigen: Mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kann man vielleicht die Statistik schönen, aber nicht für nachhaltige Beschäftigung sorgen. Man muss vielmehr die Hebel bei den Ursachen, also bei den ökonomischen Rahmenbedingungen, ansetzen. Speziell mit Blick auf die nachwachsende Generation fällt auf, dass die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen in vielen Ländern mehr als doppelt so hoch ist wie die der Erwachsenen. Zum Teil liegt das daran, dass viele Jugendliche überhaupt keinen Berufsabschluss haben, nicht zuletzt auch daran, dass die Ausbildung in den meisten EU-Staaten viel zu wenig praxisorientiert ausgerichtet ist. In Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem gibt es indes kaum eine außergewöhnlich hohe Jugendarbeitslosigkeit. Es könnte also die Bildungspolitik helfen, die allerdings weitgehend nationale Aufgabe ist. Um Reformen einzuleiten, bedarf es einer europaweiten Diskussion. Die EU-Kommission könnte hierzu Anstöße geben, um Vorbehalte mancher Akteure auszuräumen. In Deutschland beispielsweise dringen die Gewerkschaften in Tarifvertragsverhandlungen darauf, dass sich die Arbeitgeber dazu verpflichten, ein bestimmtes Maß an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. In Schweden, wo die Jugendarbeitslosenquote bei 22 Prozent liegt, lehnen dagegen die Gewerkschaften die duale Ausbildung grundsätzlich ab, weil sie diese als ein Instrument zur Ausbeutung von Jugendlichen ansehen.

Inzwischen hat das Bundesministerium für Arbeit sein Konzept zur Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt. Man will Jugendlichen eine Ausbildungsberatung, berufsvorbereitende Maßnahmen oder eine Weiterbildung anbieten sowie die regionale Mobilität von Auszubildenden fördern. Alles nichts Neues, nur Bekanntes, allenfalls mit etwas Feinschliff versehen – aber sinnvoll, weil der Hebel bei der Bildung angesetzt wird. Was soll man denn auch sonst tun? Etwa mit groß angelegten Arbeitsbeschaffungsprogrammen viele Scheinarbeitsplätze bereitstellen?



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.